



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Reichsspiegel : (vom 9. bis zum 16. März)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Reichs Spiegel

(Vom 9. bis zum 16. März)

Der Pressestreit mit Rußland

Fast drei Wochen sind vergangen, seit Dr. Ulrich seinen berühmten Artikel „Rußland und Deutschland“ in der Kölnischen Zeitung schrieb, und jetzt erst beginnt der darüber entstandene Pressestreit abzuflauen. Herr Ulrich hat den deutschrussischen Beziehungen einen sehr guten Dienst geleistet: wenn auch die beiderseitigen amtlichen Kreise beim Erscheinen des Aufsatzes unangenehm berührt gewesen sein mögen, nachträglich werden ebenso die deutschen wie die russischen Diplomaten erkannt haben, daß die Presseerörterungen, die der Artikel auslöste, einem Frühlingsgewitter gleich die Luft gereinigt haben. Wer die großen Vorteile in ihrer Gesamtheit überblickt, die beide, Rußland und Deutschland, das russische und das deutsche Volk, voneinander haben, ist sich dessen auch bewußt, daß Erörterungen, wie die vorübergegangenen, die realen Grundlagen unserer Beziehungen nicht zu berühren vermögen. Nicht mehr und auch nicht weniger besagen des Grafen Witte letzte Äußerungen. Für beide Teile ist es ganz gut, wenn die politische Bühne, hinter deren Kulissen sich mancher unbetene Mitspieler decken kann, einmal unvermutet grell beleuchtet wird, so daß kein Winkel im Schatten bleibt. Dann stieben die Dunkelmänner geblendet auseinander, rennen sich an, schreien und zetern, und der kühle Beobachter kann sich vergnüglich die Kulissenschieber und Drahtzieher ansehen. Diese Möglichkeit hat uns Herr Ulrich mit seinen ausgezeichneten Ausführungen in der Kölnischen Zeitung gegeben. Der Artikel hat nicht nur deshalb Aufsehen erregt, weil er in dem angesehenen rheinischen Blatt gestanden, sondern auch deshalb, weil der Herr Verfasser, der fast ein Jahrzehnt in Rußland lebt und der Gelegenheit gehabt hat, den russischen Volkscharakter in Kriegs- und Friedenszeiten zu studieren, sich den Ruf eines guten Kenners der russischen Verhältnisse erworben hat. Und der letzte Beweis für seine Tüchtigkeit als Kenner Rußlands liegt in dem Umstande, daß er seinen Artikel durchaus im psychologisch richtigen Augenblick veröffentlichte; der Anreiz, es früher zu tun, hat oft genug vorgelegen.

Der Verlauf des Streites um Ulrichs Ausführungen hat uns und aller Welt vor allen Dingen wieder einmal die Zwiespaltigkeit klar vor Augen geführt, die Rußland als politischen Faktor kennzeichnet. Man vergleiche nur die verständlichen Worte Sjasonows und die ruhige Haltung der amtlichen russischen Presse mit dem herausfordernden Ton der vom Kriegs- und Finanzminister benutzten privaten Presse. Diese Widersprüche muß man immer scharf beobachten und die hinter ihnen stehenden Parteien nach ihrem Einfluß streng bewerten, will man nicht höchst unliebsamen Überraschungen ausgesetzt sein. Die russische amtliche Politik will heute gewiß keinen Krieg, aber es ist doch gut, ein Urtheil darüber zu haben, ob diese Richtung auch stark genug ist, ihren Willen durchzusetzen. Zweimal in den letzten vierzig Jahren war sie es nicht: die Kriege von 1877 und 1904 brachen gegen den Willen des amtlichen Rußland aus.

G. Kleinow

Das einige Bürgertum!

Die in Heft 7 der Grenzboten erwähnten Einigungsbestrebungen in der Industrie sind gescheitert. Die Gründung der Deutschen Gesellschaft für Welt-Handel ist nicht zustande gekommen. Die Ursachen hierfür werden seitens der Frankfurter Zeitung in dem Machstreben des Zentralverbandes deutscher Industrieller (Schweighoffer), in dessen Schlepptau sich der Bund der Industriellen (Stresemann) befunden habe, gesucht. Diese Auffassung dürfte den Tatsachen nicht ganz gerecht werden. Die Erkenntnis von der Notwendigkeit eines Zusammenschlusses aller am Export beteiligten Gewerbe ist bei der Schwerindustrie nicht stärker vorhanden, wie bei der Fertigindustrie, und zwar mit Rücksicht auf die in der ganzen Welt zu beobachtenden Rüstungen für die bevorstehende Erneuerung der Handelsverträge und zur Verbilligung und Vereinfachung der mit dem Exportgeschäft verbundenen Erfindungen der fremden Länder. Man wollte unter anderem von der zu schaffenden Zentrale aus Handelsfachverständige in alle Welt senden, Reisende und Agenten einstellen und gewissermaßen die für den Export arbeitenden Firmen nach den Exportländern kartellieren. Gewiß ein großartiger Gedanke mit den weitesten Ausblicken für die fernere Entwicklung unserer gesamten auswärtigen und inneren Politik. Das Bündnis für gemeinsame Arbeit zur Vorbereitung der Handelsverträge war naturgemäß nur denkbar, wenn man sich darüber einig war, entweder an dem bestehenden Schutzzollsystem festhalten oder es preisgeben zu wollen. Der Zentralverband und die Mehrheit des Bundes der Industriellen treten für das bisherige System ein und das führte auch Schweighoffer und Stresemann zusammen, während der Handelsvertragsverein und einige Vertreter der Spitzen- und Textilindustrie Sachsens freihändlerisch gesonnen sind. Diese abweichenden Ansichten haben den Zusammenschluß tatsächlich verhindert, nicht aber die Herrschsucht der Schwerindustrie.

Man findet den Schlüssel zur Stellungnahme des Handelsvertragsvereins in einer Rundgebung desselben aus Anlaß der Erklärungen des Staatssekretärs Dr. Delbrück und des preussischen Handelsministers Dr. Sydow über die handelspolitischen Absichten der Reichsregierung. Herr Dr. Sydow hat am 4. d. M. im preussischen Abgeordnetenhaus darauf hingewiesen, daß, wenn ausländische Staaten die Verträge kündigen, dann müßte auch unsere handelspolitische Rüstung verstärkt werden, was soviel heißt, daß wir bei der ersten Festsetzung der einzelnen Positionen ganz allgemein eine Basis schaffen, von der aus mit den einzelnen Staaten verhandelt werden könnte. Die Absicht, solches zu tun, erklärt nun der Handelsvertragsverein für „sehr bedenklich“. Nach seiner Auffassung reicht „unser jetziger Generaltarif vollkommen aus, um wiederum brauchbare Handelsverträge . . . zustande zu bringen“, und er kommt zu dem Schluß: „Wenn sich wirklich die Notwendigkeit verschiedener technischer Änderungen an unserem jetzigen Zolltarif herausgestellt habe, warum sollen diese nicht im Wege einer besonderen Tarifnovelle nach Verlängerung der Handelsverträge vorgenommen werden? Das würde den großen Vorteil haben, daß dann in diese Novelle keine besonderen Verhandlungszölle eingestellt werden, sondern nur solche Zölle, die wirklich nachher in Kraft treten sollen. Auf diese Weise würden wir auch den Schein vermeiden, mit einem neuen Wettrüsten zu beginnen.“ — So kann nur schreiben, wem das Prinzip des Freihandels höher steht, wie das Wohlergehen der Wirtschaftenden. Ich meine, den „Schein“ brauchen wir gar nicht mehr zu fürchten, denn in Rußland z. B. hat man längst begonnen, die Rüstung für die Handelsvertragsverhandlungen zu untersuchen und aus allen Industrien tönt uns der Ruf nach stärkerem Zollschutz entgegen. Aber ganz abgesehen davon: in den abgelaufenen zwölf Jahren haben einzelne Industrien ihre Bedeutung für die Gesamtwirtschaft verändert; dem ist Rechnung zu tragen. Es wäre sehr zu wünschen, wenn der Handelsvertragsverein seinen doktrinären Standpunkt möglichst schnell aufgäbe und sich mit den beiden Industrieverbänden verständigte. Es hat gar keinen Zweck, wirtschaftliche Differenzen der vorliegenden Art in breiter Öffentlichkeit vor dem Auslande zu verhandeln, besonders da der Handelsvertragsverein kaum stark genug sein dürfte, unseren wirklich mäßigen Zollschutz aufzuheben. Wollen wir gegen die Rüstungen des Auslandes aufkommen, so müssen die Vertreter der Gewerbe untereinander einig sein! Dreimal einig! Ein strammes Zusammenhalten gegen das Ausland kann das Bürgertum auch in der inneren Politik wieder zusammenführen. G. Kleinow

Die Duellfrage im Reichstag

Die Bekämpfer des Duellunfugs können mit Befriedigung auf die Haltung der Parteien des Reichstages und des Herrn Kriegsministers während der letzten Erörterungen über das Duell blicken. Ganz allgemein wird das Duell als ein Übel empfunden, das zu bekämpfen ist. Der Unterschied, der heute

noch zwischen rechts und links besteht, beruht darauf, daß diejenigen Parteien, die sonst für ein weitestges Ausleben des Individualismus, daß Freisinnige und Sozialdemokraten es dem Individuum grundsätzlich verwehren wollen, seine persönliche Ehre auch individuell zu verteidigen, während die anderen (Konservative und Nationalliberale) darin einig sind, daß unsere Gesetzgebung noch nicht so fein ausgebildet ist, um befähigt zu sein, den Einzelmenschen in allen und jeden Lebenslagen vor Angriffen auf seine Ehre zu schützen. Man findet wieder einmal bestätigt, daß echte liberale Anschauungen viel reiner in unseren Parteien der Rechten zu finden sind, als in denen der demokratischen Linken. — — Das Duell wird solange bestehen und als notwendig empfunden werden, solange in unseren menschlichen Beziehungen Vorgänge möglich sind, die den gesund empfindenden Mann zur Selbsthilfe aufrufen. Man erinnere sich des Dramas von Dawykowo-Mokry! In dem Meher Fall hat die strenge militärische Disziplin und der Militärehrenrat den betrogenen Ehemann von der Selbsthilfe zurückgehalten. Nach den im Reichstage und im Anschluß daran in der Presse stattgehabten Erörterungen, herrscht die Auffassung, daß im vorliegenden Falle das Duell überhaupt verhindert werden mußte, da sich der Ehebrecher ehrlos und satisfaktionsunfähig gemacht habe. Sollte diese Auffassung zur herrschenden werden, so würden sich die Fälle der Selbsthilfe, besonders auch nach dem Freispruch Wielczynski, bald in erschreckender Weise mehren. Wer bei den heutigen Bestimmungen über Duelle noch zur Pistole greift, bereitet sich zum wohlbedachten Morde vor, der ist im Begriff, dem strafenden Arm der Gerechtigkeit einen Übeltäter zu entziehen. Was zwingt ihn? Doch in erster Linie die Empfindung, daß das ordentliche Gericht nicht imstande ist, die ihm zugefügte Beleidigung ihrer Schwere entsprechend zu sühnen. Ist es nicht auch ein unüberbrückbarer Widerspruch, wenn auf der einen Seite der Gesetzgeber für dasselbe Delikt eine Geldstrafe von 50 Mark für ausreichend hält, während auf der anderen das gesunde Empfinden die Todesstrafe fordert? Man schütze durch das Gesetz auch feiner empfindende Naturen, auch Individuen mit fein ausgebildetem Ehrbegriff — das ist ein Persönlichkeitswert — vor Roheiten und Angriffen auf die Ehre, dann wird man auch den mit dem Duellwesen verbundenen Unfug am wirksamsten bekämpfen.

G. Kleinow

